

22. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

28. – 30. November 2003, Messe, Dresden

G r ü n e

Beschluss

Für eine Verstetigung der erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen für Demokratie und aktive Toleranz – gegen Rechts- extremismus, Antisemitismus und Gewalt in Ostdeutschland!

1. Die BDK fordert Bundesvorstand und Bundestagsfraktion auf, für eine mittelfristige Absicherung der strukturellen Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in den ostdeutschen Bundesländern einzutreten.
2. Die BDK fordert die Bundestagsfraktion auf, trotz der äußerst schwierigen Finanzlage eine Mindestausstattung der kleinen zivilgesellschaftlichen Initiativen in den ländlichen Räumen der Träger zu gewährleisten.
3. Die BDK fordert die ostdeutschen Bundesländer auf, die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Initiativen nicht allein dem Bund zu überlassen, sondern ihrer Verantwortung durch eine angemessene Kofinanzierung gerecht zu werden.

